Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 23 (1997)

Heft: 1

Artikel: Die Schweizer Lokalparteien : Eckpfeiler der politischen Stabilität

Autor: Ladner, Andreas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814614

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol./Rev. suisse sociol./Swiss Journ. Sociol., 23 (1), 1997, 165–193

DIE SCHWEIZER LOKALPARTEIEN – ECKPFEILER DER POLITISCHEN STABILITÄT

Andreas Ladner
Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

1. Einleitung

Während die zentrale Bedeutung der politischen Parteien für demokratische Staaten kaum mehr angezweifelt wird, ist die Daseinsberechtigung der Parteien auf lokaler Ebene nach wie vor umstritten. Ursächlich für die Annahme, dass in den Gemeinden kein Bedarf an Parteien besteht, sind erstens die Kleinheit und, damit verbunden, die grössere Übersichtlichkeit der Gemeinden, welche die Nachfrage nach politischer Interessenvertretung gering halten sollen, zweitens die Vorstellung, dass es sich bei der Lokalpolitik vorwiegend um Sachpolitik handle, die ohne ideologische Hintergedanken geführt wird, und drittens der Glaube, dass Parteien in den konkordanzdemokratisch ausgerichteten politischen Systemen auf kommunaler Ebene gänzlich fehl am Platz seien.

Vor allem das Bild von der ideologiefreien Sachpolitik wurde in den letzten Jahren immer häufiger in Zweifel gezogen (vgl. z. B. Holtmann, 1990, 11; Holtmann, 1992, 13; Ladner, 1991, 213; Schaller, 1994). Durch die steigende Bedeutung der Ökologie und anderen Fragen, die die unmittelbare Lebensumwelt betreffen, haben sich ursprünglich sachorientierte Infrastrukturaufgaben (Wasser, Abwasser, Kehricht, kommunales Bauen, Verkehrserschliessung) zu hochpolitischen Themenbereichen entwickelt. Und auch in den Bereichen Sozialpolitik, Alterspolitik, Jugendpolitik und Drogenpolitik, die die Gemeinden in jüngster Zeit verstärkt in Anspruch nehmen, treffen zunehmend unterschiedliche Interessenstandpunkte und Wertpräferenzen aufeinander. Umstritten ist jedoch die Frage, ob mit der Politisierung des Lokalen auch die Bedeutung der Lokalparteien angestiegen ist.

In Deutschland kann vor allem im Gefolge der kommunalen Gebietsreformen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren eine Parteipolitisierung und Professionalisierung der Lokalpolitik beobachtet werden, welche wettbewerbsorientierte Formen der Konfliktregulierung mit sich brachte (Gabriel, 1991, 372). Im ländlichen Raum existiert jedoch noch keine flächendeckende Dominanz des kommunalen Parteielements (Holtmann, 1990, 11). Gegen einen grossen Bedeutungszuwachs der lokalen Parteien sprechen auch Untersuchungen, die

zeigen, dass die Wähler, wenn sie die Möglichkeit zur Direktwahl des Rathauschefs haben, dem Einfluss der Parteipolitik widerstehen (vgl. Grauhan, 1970; Wehling und Siewert, 1987). Für die Wählerinnen und Wähler steht die Wahl einer fähigen Persönlichkeit im Vordergrund. Sie wählen keine Parteipolitiker, sondern Verwaltungsfachleute mit Distanz zu den politischen Parteien, und es werden auch Mitglieder von Parteien zum Bürgermeister gewählt, die in der Gemeinde in einer Minderheitsposition sind. Direktdemokratische Beteiligungsformen wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, die in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Bundesländern eingeführt haben, erlauben es den Bürgerinnen und Bürgern, direkt und ohne die Mitwirkung von Parteien auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen.[1] Die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens privilegieren Personenwahlen anstelle von Parteiwahlen. Und schliesslich können auch die manchenorts sehr erfolgreichen freien Wählergruppen als Argument für eine geringere Bedeutung der lokalen Parteien angeführt werden.

In der Schweiz scheinen auf den ersten Blick die Voraussetzungen für Entstehung und Existenz lokaler Parteien besonders ungünstig zu sein. Die Schweizer Gemeinden sind in der Regel sehr klein,[2] und das Konkordanzprinzip und die direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten sind auf allen drei Ebenen stark verbreitet. Zudem sind die nationalen Parteien, die im Gegensatz zu den Interessenverbänden nicht einmal in der Verfassung verankert sind, ausgesprochen schwach und verfügen nur über geringe Ressourcen (vgl. z. B. Rhinow, 1986, 105; Longchamp, 1994, 25; Rickenbacher, 1995, 13). Entsprechend herrscht die Meinung vor, dass politische Parteien generell von zweitrangiger Bedeutung sind.

Neuere Untersuchungen auf kommunaler Ebene relativieren jedoch diese Vorstellung (vgl. dazu Ladner, 1990; Ladner, 1991; Geser et al., 1994 und Ladner, 1996). In den Schweizer Gemeinden nehmen die Lokalparteien eine wichtige Stellung ein. Sie sind nicht nur in einer grossen Zahl von Gemeinden organisiert und stellen die grosse Mehrheit der lokalen Exekutivmitglieder, sondern sie bedienen sich auch einer Vielzahl von politischen Partizipationsformen und sind in einer breiten Palette von Themen aktiv.

Wie lässt sich diese Diskrepanz zwischen den schwachen nationalen Parteiorganisationen und der grossen Bedeutung der Lokalparteien erklären? Die Antwort läuft darauf hinaus, dass die charakteristischen Merkmale des sozia-

1 Zu den Auswirkungen der direkten Demokratie auf die Lokalparteien vgl. auch Hoffmann-Martinot (1994, 10 ff.)

2 Rund 40 Prozent der Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner, etwa 60 Prozent weniger als 1'000 Einwohner.

len und politischen Systems der Schweiz nicht auf allen drei Ebenen in gleichem Masse von Bedeutung sind, respektive unterschiedliche Wirkungen zeitigen. Soziale und kulturelle Heterogenität, überlappende Konfliktlinien, Föderalismus, Konkordanzsystem und direkte Demokratie verhindern zwar die Herausbildung grosser und mächtiger politischer Parteien auf nationaler Ebene, in den Gemeinden sind jedoch die Voraussetzungen wesentlich günstiger.

Für die lokalen Parteiorganisationen sind die nachteiligen Auswirkungen des Föderalismus deutlich schwächer, weil sich die Lokalparteien auf teilautonome und homogenere Subsysteme beschränken. Die direkte Demokratie wird zwar auch in den Gemeinden praktiziert, die Rolle der Interessenverbände ist jedoch weniger wichtig, und es sind häufiger die politischen Parteien selbst, welche sich der direktdemokratischen Einflussmittel bedienen. Die Zahl der Parteien ist in den Gemeinden geringer, und die politischen Kräfte sind insgesamt weniger aufgesplittert. Das auf allen drei Ebenen weit verbreitete Milizsystem[3] hat auf der untersten politischen Ebene weniger negative Auswirkungen als in Bund und Kantonen, da sich die zeitlichen und fachlichen Anforderungen der politischen Arbeit noch eher in Grenzen halten. Und schliesslich sind auch die relativ weitreichenden Entscheidungskompetenzen der Gemeinden der Entstehung von Lokalparteien förderlich. Daraus resultiert nicht nur eine Vielzahl von lokalpolitischen Fragen und Problemen, sondern es entsteht auch ein Bedarf an politischer Orientierung.

Wir sehen uns also mit dem leicht nachvollziehbaren, aber in der Regel kaum hinreichend gewürdigten, Phänomen konfrontiert, dass zwischen dem Staatsaufbau und dem Parteiensystem grosse Parallelen bestehen. Entsprechend der Bedeutung der Föderativebenen und den auf den einzelnen Ebenen anfallenden Entscheidungen hat sich ein Parteiensystem herausgebildet, welches vergleichbare Charakteristiken aufweist.[4]

Für die vergleichende Parteienforschung lässt sich daraus die Erkenntnis ableiten, dass eine Beurteilung der Bedeutung der Parteien in unterschiedlichen Ländern nicht darum herum kommt, die Parteien als Ganzes zu betrachten. Die Beschränkung auf den Vergleich nationaler Parteiorganisationen ergibt ein unvollständiges Bild.

Es sind aber nicht nur die grosse Bedeutung der Schweizer Lokalparteien und die Parallelen zwischen Parteiaufbau und dem Staatsaufbau, welche hier

3 Die Parlamentarier auf nationaler Ebene wie auch einige Exekutivmitglieder in den Kantonen erfüllen ihre Ämter ehren- oder zumindest nebenamtlich.

4 Auf die besondere Rolle der Kantonalparteien wurde in der Literatur schon mehrfach hingewiesen (vgl. z. B. Fagagnini, 1978).

thematisiert werden sollen. Der Vergleich organisatorischer Merkmale von Lokalparteien unterschiedlicher politischer Orientierung zeigt, dass – was die parteiinterne Organisation, das Verhältnis zur Kantonalpartei und die bevorzugten Aktivitäten betrifft – neben den ideologischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden eine ganze Reihe von Parallelen bestehen. Bestimmt werden diese Parallelen letztendlich durch den gemeinsamen Kontext, in denen die Lokalsektionen aktiv sind. So sind sich beispielsweise in grösseren Gemeinden Lokalsektionen unterschiedlicher politischer Herkunft, was ihre organisatorischen Merkmale und ihre Aktiviäten anbelangt, ähnlicher als Lokalsektionen derselben Partei aus grossen und kleinen Gemeinden. Ebenso lässt sich zeigen, dass Lokalsektionen unterschiedlicher Parteien in bestimmten Kantonen vergleichbare organisationelle Eigenheiten aufweisen und sich gemeinsam von ihren Gegenstücken in anderen Kantonen unterscheiden. Und schliesslich ist es im Hinblick auf die Wahl der Aktivitäten zur politischen Einflussnahme vor allem wichtig, ob eine Partei in der Exekutive vertreten ist oder nicht. Nicht oder schwach vertretene Parteien wählen, unabhängig ihrer ideologischen Herkunft, in der Regel andere Formen der politischen Partizipation als die dominierenden Regierungsparteien.

Damit sind wir bei einem aus parteitheoretischer Perspektive äusserst interessanten Phänomen angelangt. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Parteien innerhalb eines bestimmten politischen Kontextes einander anzugleichen beginnen. Dies kann sicher teilweise auf divergierende Erfordernisse von unterschiedlichen politischen Systemen zurückgeführt werden, es kann aber auch eine Taktik zur Verhinderung von Wettbewerbsvorteilen sein. Was den Aufbau der Parteiorganisation und die Aktivitäten anbelangt, wird der politische Gegner – in der Regel der erfolgreichere – kopiert (vgl. z. B. Kirchheimer, 1965, 30). Dies heisst gleichzeitig aber auch, dass ideologische Herkunft und Entstehungszeitpunkt nur teilweise die Organisationsform der Partei bestimmen, wie dies in der Literatur häufig postuliert wird (vgl. z. B. Duverger, 1951).

Die in diesem Aufsatz präsentierten Daten stammen aus drei am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführten Untersuchungen in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. Es sind dies eine Befragung der Gemeindeschreiber im Jahre 1988 (Gemeindeschreiberbefragung 1988; vgl. dazu Ladner, 1991), eine 1990 im Rahmen des Nationalfonds-Projekts „Schweizerische Ortsparteien: ihre Organisation, Aktivität und Stellung im sozialen und politischen Spannungsfeld der Gemeinde“ durchgeführte Befragung der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten sämtlicher lokalpolitischer Gruppierungen (Lokalparteipräsidentenbefragung 1990, vgl. dazu Geser et al., 1994) und eine wiederum im Rahmen eines Nationalfondsprojekts über den Wandel und die Leistungs-

grenzen der Schweizer Gemeinden durchgeführte erneute Befragung der Gemeindeschreiber (Gemeindeschreiberbefragung 1994). Der Rücklauf der Gemeindeschreiberbefragung 1988 belief sich auf rund 82 Prozent, derjenige der Gemeindeschreiberbefragung 1994 auf rund 70 Prozent. Knapp 50 Prozent der rund 5'500 angeschriebenen Präsidentinnen und Präsidenten der lokalpolitischen Gruppierungen nahmen an der Lokalpartei-Präsidentenbefragung 1990 teil.

2. Verbreitung und Anzahl der lokalpolitischen Gruppierungen

Während im Deutschland der Nachkriegszeit Lokalparteien (vor allem auf dem Lande) erst seit der Gebietsreform Fuss fassen konnten (Schneider, 1991, 135),[5] begannen sich in den Schweizer Gemeinden Lokalsektionen schon um die Jahrhundertwende zu formieren. Der Blick auf das Gründungsdatum der heute noch bestehenden Lokalsektionen zeigt, dass etliche unter ihnen bereits zwischen 1890 und 1900 entstanden sind.[6] Zu Parteigründungen kam es dabei nicht nur in den regionalen Zentren und Kantonshauptorten, sondern ebenso in relativ kleinen Gemeinden. Von den heute existierenden Lokalparteien können jedoch praktisch ausschliesslich die Lokalsektionen der vier grossen und heutigen Bundesratsparteien auf eine längere Geschichte zurückblicken. Eine zweite Gründungswelle erlebten die Lokalparteien in den 1970er und 1980er Jahren (vgl. Ladner, 1996, 4).

Obwohl die Schweizer Gemeinden in ihrer Mehrheit sehr klein sind, kennt lediglich etwas mehr als ein Drittel keine organisierten politischen Gruppierungen (*Tabelle 1*). Einzig in den kleinen und kleinsten Gemeinden kommt es verhältnismässig häufig vor, dass keine politischen Gruppierungen vorhanden sind. Die Tatsache, dass es bereits ab rund 1'000 Einwohnern kaum mehr Gemeinden ohne organisierte Gruppierungen gibt, dürfte auch im internationalen Vergleich bemerkenswert sein.

5 In der Bundesrepublik hat es in grossflächigen Gemeinden und kleineren Landstädten zwar bereits vor der Gebietsreform Parteien gegeben, das Parteizeitalter in den Dörfern brach jedoch erst mit der Gebietsreform Ende der 60er Jahre an (Schneider, 1991, 157).

6 Diese Angaben basieren auf den Aussagen der lokalen Parteipräsidenten. Quelle: Lokalpartei-Präsidentenbefragung 1990.

Tabelle 1
Gemeinden mit politischen Gruppierungen, insgesamt und nach Gemeindegrössenkategorien (Prozentanteile)

	Anteil Gemeinden mit politischen Gruppierungen	erfasste Gemeinden (N=)
alle Gemeinden	*63.3*	*2035*
1–249	21.7	420
250–499	37.5	365
500–999	63.6	382
1'000–1'999	88.2	346
2'000–4'999	97.5	321
5'000–9'999	100.0	119
10'000 +	100.0	82

Quelle: Gemeindeschreibererhebung 1994

Insgesamt sind in den rund 3'000 Schweizer Gemeinden etwa *6'000 lokalpolitische Gruppierungen* organisiert.[7] Die Zahl der Gruppierungen pro Gemeinde steigt von durchschnittlich knapp einer Gruppierung in den Gemeinden mit weniger als 250 Einwohnern auf über neun Gruppierungen in den grossen Gemeinden und Städten.

Allerdings handelt es sich bei diesen lokalpolitischen Gruppierungen nicht in erster Linie um autochthone Gruppierungen, wie dies aufgrund der grossen Autonomie der Gemeinden und des dezentralen Staatsaufbaus zu vermuten wäre. Rund 85 Prozent der Gruppierungen sind Lokalsektionen von Parteien, welche auch auf nationaler Ebene aktiv sind (vgl. *Tabelle 2*). Den mit Abstand grössten Anteil stellen dabei die Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS und SVP. Ihr Anteil an der Gesamtheit der politischen Gruppierungen beläuft sich auf gegen 70 Prozent. Unter den verbleibenden 16 Prozent der Gruppierungen, welche nicht auf überlokaler Ebene organisiert sind, finden sich Orts- und Gemeindevereine, Wählervereinigungen, grünalternative Gruppierungen und politische Parteien regionaler Bedeutung.

7 Hochrechnung auf der Basis von rund 70 Prozent der Schweizer Gemeinden.

Tabelle 2
Die verschiedenen Gruppen von politischen Gruppierungen in den Schweizer Gemeinden (Prozentanteile)

I. Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien		*69.4*
FDP	21.5	
CVP	17.7	
SPS	17.0	
SVP	13.2	
II. Lokalsektionen anderer „nationaler" Parteien		*14.4*
(CSP, LdU, EVP, LPS, GPS, POCH, PdA, SAP, SD, andere Rechtsparteien, Lega, Autopartei)		
III. Gemeindespezifische Gruppierungen		*16.2*
grün-alternative Gruppierungen	2.5	
Orts- + und Gemeindevereine	4.4	
Wählervereinigungen	3.1	
Parteien regionaler Bedeutung	3.5	
andere	2.7	
Total	100.0	100.0
N=	4'536	4'536

Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1994. Basis: Rund 70 Prozent (2036) der Gemeinden.

3. Einfluss und Stellung in den Gemeinden

Entsprechend ihrer grossen Verbreitung ist auch die Bedeutung der Lokalparteien in den Gemeinden relativ gross. Dies kommt einerseits im zugeschriebenen Einfluss der Lokalparteien auf die Lokalpolitik und andererseits im Anteil der Exekutivsitze von Parteivertreterinnen und Parteivertretern zum Ausdruck.

Nach Aussagen der Gemeindeschreiber sind die Lokalparteien die wichtigsten kollektiven Akteure, die „von aussen" auf die lokalpolitischen Entscheidungen einwirken. Sie liegen deutlich vor den Vereinen und den Bürger- und Quartiergruppen. Auch die Alteingesessenen, das Gewerbe und die Bauern verfügen über einen deutlich geringeren Einfluss. Als am einflussreichsten bezeichnen die Gemeindeschreiber den Gemeinderat, gefolgt vom Gemeinde-

präsidenten und den Behördenmitgliedern. Bei diesen handelt es sich jedoch zu einer überragenden Mehrheit um Mitglieder politischer Parteien, so dass der Einfluss der Parteien zusätzlich gestärkt wird.

Noch deutlicher wird die Bedeutung der Lokalparteien, wenn wir nach der *Gemeindegrösse* unterscheiden. Im Vergleich zu den anderen Akteuren nimmt der Einfluss der Parteien mit steigender Einwohnerzahl stärker zu. In den mittelgrossen Gemeinden rücken sie in der „Einfluss-Rangliste" hinter die Gemeindeexekutive auf den zweiten Platz vor, und in den grossen Gemeinden teilen sie sich zusammen mit der Gemeindeexekutive die Spitzenposition. In den grossen Gemeinden ist der Abstand der Parteien zu Vereinen, zu Interessengruppen oder auch zu Bürger- und Quartiergruppen, welche stellvertretend für neuere Formen der politischen Partizipation aufgeführt wurden, am ausgeprägtesten.

In den letzten Jahren haben zwar spontane Bürgergruppen sowie Ortsteile und Quartiere verstärkt an Einfluss gewonnen. Nicht ganz unerwartet hat auch die Presse noch an Einfluss zugelegt. Der Einflusszuwachs der Parteien liegt aber immer noch im Durchschnitt, so dass sich an der Einflusshierarchie nichts verändert hat.

Eine der wichtigsten Funktionen der Lokalparteien ist die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die politischen Ämter. Diese Aufgabe erfüllen sie mit grossem Erfolg. Rund drei Viertel der kommunalen Exekutivsitze in der Schweiz werden von Parteimitgliedern eingenommen. Dies ist ein erstaunlich grosser Anteil, wenn etwa mit den Sitzanteilen der Parteien in den Gemeinden Deutschlands verglichen wird, wo in verschiedenen Bundesländern freie Wähler und Wählergruppen bei Kommunalwahlen eine weitaus bedeutendere Rolle spielen (vgl. hierzu z. B. Gabriel, 1991, 376 f.).

In den kommunalen Gremien vertreten sind vor allem Parteien, die auch auf nationaler Ebene in Erscheinung treten (vgl. *Tabelle 3*). Es dominieren ganz klar die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, welche zusammen mehr als die Hälfte der Exekutivsitze besetzen. Die SPS ist im Vergleich zu ihrer Stärke auf nationaler Ebene mit etwas mehr als 10 Prozent der Sitze markant schwächer vertreten. Dies ist vor allem auf ihre fehlende Präsenz in den kleinen, ländlichen Gemeinden zurückzuführen. In den grossen Gemeinden und Städten erreicht die SPS deutlich höhere Werte.

Tabelle 3
Vertretung der Parteien in den kommunalen Exekutiven (Prozentanteile)

Partei	Sitzanteile 1988*	Sitzanteile 1994**
FDP	22.2	19.9
CVP	21.4	18.5
SVP	17.2	14.9
SPS	10.8	10.0
CSP	1.9	1.8
LPS	1.5	1.3
EVP	0.4	0.5
LdU	0.4	0.2
PSU	0.3	–
GPS/GBS	0.2	0.2
POCH/PdA/SAP	0.1	0.0
NA/OeFP	0.0	0.1
FP	–	0.1
Lega	–	0.2
andere Parteien	3.2	5.6
Parteilose	20.3	26.5
Total	100.0	100.0
N (Sitze)=	13'485	11'194

* Berechnet auf der Basis von rund 80% der Schweizer Gemeinden.
Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1988.
** Berechnet auf der Basis von rund 70% der Schweizer Gemeinden.
Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1994.

In den letzten Jahren ist der Anteil der Parteivertreter in den Exekutiven gesamtschweizerisch allerdings etwas zurückgegangen. In einzelnen Kantonen und teilweise in kleineren Gemeinden haben vermehrt Parteilose Einzug in die Exekutive gefunden (vgl. Ladner, 1996, 16 f.).[8] Dennoch kann die Präsenz der Parteien in den Entscheidungsgremien der Gemeinden als ausgesprochen hoch

8 Wie weit diese Entwicklung in Einklang steht mit dem Aufkommen der parteiungebundenen „maires populistes" beispielsweise in den USA, Frankreich, Japan und Israel (vgl. Hoffmann-Martinot, 1994, 30), bedürfte – da in der Schweiz vor allem kleinere Gemeinden davon betroffen sind – einer genaueren Überprüfung.

bezeichnet werden, was die immer wieder geäusserte Meinung von der schwachen Stellung der Parteien in der Schweiz teilweise widerlegt.

Entscheidend für den Einfluss, den die Parteien über ihre Vertreter auf die Lokalpolitik ausüben, ist immer auch das Verhältnis der Partei zu ihren Amtsträgern. Auch wenn in der Schweiz kein „bindendes Mandat" besteht,[9] so kann davon ausgegangen werden, dass Parteien, die einen grossen Einfluss auf ihre Mitglieder in den Gremien und Räten haben, über mehr Gewicht bei politischen Entscheidungen verfügen. Löst sich ein Parteimann im Amt von seiner Partei und wird zum Staatsmann (Rhinow, 1986,114), so verliert die Partei an Einfluss.[10]

Unsere Umfrage bei den Lokalparteien bestätigt denn auch die relative Unabhängigkeit der Mandatsträger. Nur rund 13 Prozent der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten bezeichnen den Einfluss auf ihre Vertreter in den Gremien als gross. Etwa die Hälfte schätzen ihn als mittelmässig ein, 32 Prozent erachten den Einfluss als gering und 8 Prozent machen geltend, über keinen Einfluss zu verfügen (vgl. *Tabelle 4*).

Tabelle 4

Einfluss* der Parteien auf ihre Mandatsträger (Prozentanteil Gemeinden)

Einfluss auf die Mandatsträger	gross	mittel	gering	kein Einfluss	N
alle Parteien	13	48	32	8	2385
FDP	13	47	33	8	610
CVP	13	47	32	9	527
SVP	11	35	43	12	275
SPS	13	57	27	4	517
GPS	14	54	32	0	28

* nach Einschätzung der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten
Quelle: Lokalparteienerhebung 1994

Was die vier Bundesratsparteien betrifft, so bestätigt sich die These von der grösseren Parteidisziplin in linken Parteien. Die Parteipräsidenten der SPS veranschlagen den Einfluss auf ihre Mandatsträger insgesamt als am grössten.

9 Art. 91 der Bundesverfassung hält z. B. für die eidgenössischen Räte fest, dass diese ohne Instruktionen zu stimmen hätten.

10 So zeigt etwa auch Engel (1990, 37), dass Mandatsträger ihren Basisbezug vor allem beim Gemeindeinteresse und weniger bei den Parteiinteressen finden.

Deutlich häufiger geben sie an, einen mittleren Einfluss auf ihre Vertreter auszuüben. Dies entspricht auch dem Parteiverständnis „linker" Parteiaktivisten, die sich ausgeprägter als Vertreter ihrer Partei fühlen.[11] Danach folgen FDP und CVP und schliesslich SVP, deren Vertreter diesbezüglich die grösste Autonomie haben. Kein wesentlicher Einfluss auf das Verhältnis zwischen den Parteien und ihren Mandatsträgern zeigt sich hingegen bei einer Unterscheidung nach Gemeindegrösse und nach Sprachregionen.

Obwohl den Mandatsinhabern von den Parteien durchaus eine gewisse Ungebundenheit attestiert wird, bleibt die Frage offen, wie frei sich die Mandatsträger in ihren Entscheidungen wirklich fühlen und ob sie diese Freiheiten überhaupt wahrnehmen. Es ist kaum anzunehmen, dass sie sich mehrheitlich und kontinuierlich über die Parteimeinung hinwegsetzen. Und schliesslich bringen es die kommunalen Verhältnisse mit ihrem begrenzten Personenangebot mit sich, dass Partei- und Gemeindeämter häufig in Personalunion ausgeübt werden, so dass Diskrepanzen zwischen Parteileitung und Mandatsträgern von vornherein wegfallen.

4. Aktivitäten und thematische Orientierung

Welches sind die wichtigsten Aktivitäten der Lokalparteien und welche Themenbereiche der Lokalpolitik stehen dabei im Vordergrund? Um diese Fragen zu beantworten, müssen drei charakteristische Eigenschaften des politischen Systems der Schweiz nochmals in Erinnerung gerufen werden, welche die Parteien in der Wahl ihrer Themen und vor allem auch in der Art und Weise, wie diese Themen aufgegriffen und artikuliert werden, nachhaltig beeinflussen.

Die Praxis der direkten Demokratie bringt es mit sich, dass die Lokalparteien nicht nur auf die Wahlen hin, sondern auch zwischen den Wahlen aktiv werden müssen. Zum einen leisten sie mit eigenen Initiativen und Vorstössen von aussen einen Input ins politische Entscheidungssystem ihrer Gemeinde, zum anderen sind sie im Verlauf von Initiativen, Referenden und Abstimmungskämpfen auf höherer politischer Ebene immer wieder aufgefordert, ihre Mutterpartei zu unterstützen.

Das Mehrparteiensystem, welches in den grösseren Gemeinden, und mit Einschränkungen auch in den kleinen Schweizer Gemeinden, zur Regel gehört (vgl. Ladner, 1991, 144), zwingt die Parteien, sich zu profilieren. Anders als in

11 In diese Richtung weisen auch die Ergebnisse von Ayberk et al. (1991, 37), die belegen, dass sich die mittlere Parteielite der SP deutlich stärker als Vertreterin ihrer Sektionen versteht, als dies bei den Bürgerlichen der Fall ist.

einem Zweiparteiensystem, in welchem sich die Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler in der Mitte des politischen Spektrums streiten, ermöglicht respektive erfordert ein Mehrparteiensystem eine gewisse thematische Profilierung.

Das Konkordanzsystem schliesslich bindet die wichtigsten Parteien – in den Gemeinden sind es in der Regel alle grösseren organisierten Gruppierungen – in die Regierung ein. Damit haben sie einerseits, zumindest im Rahmen ihrer anteilmässigen Stärke, die Möglichkeit, den Kurs der Regierung mitzubestimmen, andererseits übernehmen sie aber auch über weite Strecken die Verantwortung für die Entscheidungen der Regierung, auch wenn diese deutlich die Handschrift einer anderen Partei tragen. Natürlich erlaubt das Konkordanzsystem in Verbindung mit der direkten Demokratie den inkorporierten Parteien, in die Opposition zu gehen und eine von der Regierung oder von ihren Parteivertretern abweichende politische Linie zu verfolgen. Die Wahrnehmung von Regierungs- und Oppositionsrolle zugleich erfordert aber sehr viel Geschick und stösst auf die Dauer oder bei einer Überstrapazierung der Oppositionsrolle, auf massiven Widerstand bei den anderen Regierungsparteien.

Die zentrale Bedeutung der Wahlen – in der Regel werden die Exekutiven alle vier Jahre neu bestellt – zeigt sich am gesteigerten Aktivitätsniveau und an den höheren finanziellen Aufwendungen in einem Wahljahr. Die finanziellen Ausgaben der Lokalparteien liegen in einem Wahljahr etwa doppelt so hoch wie in einem Nichtwahljahr (vgl. Geser et al., 1994, 230). Neben den Exekutiven gilt es auch die verschiedenen Kommissionen zu besetzen, und es gilt vor allem sachpolitische Aktivitäten zu entfalten, oder zumindest auf Sachvorlagen zu reagieren. Und schliesslich werden die Lokalparteien auch durch kantonale und nationale Wahl- und Abstimmungskämpfe gefordert.

Auf Bundesebene und in den Kantonen wird ein – wenn auch im internationalen Vergleich äusserst kleiner – Teil der Parteiarbeit von professionellem Personal geleistet, welches täglich mit politischer Arbeit befasst ist. In den Gemeinden basiert die Parteiarbeit praktisch ausschliesslich auf dem Milizsystem und wird getragen von Feierabend- und Wochenend-Politikerinnen und -Politikern. Entsprechend kann von den Lokalparteien kein vergleichbares Aktivitätsniveau erwartet werden.

In welchem Masse die Lokalparteien im politischen Leben ihrer Gemeinde in Erscheinung treten, lässt sich an den verschiedenen parteiinternen Aktivitäten sowie an den von ihnen gewählten Aktionsformen zur Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen erkennen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich sowohl interne wie externe Aktivitäten vor allem nach der Grösse der

Gemeinde und teilweise nach der politischen Orientierung der Partei unterscheiden.

Im Durchschnitt halten die Lokalparteien pro Jahr etwa vier *Parteiversammlungen* ab. Rund sieben Mal jährlich finden *Vorstandssitzungen* statt (vgl. *Tabelle 5*). Auffallend ist die nicht wesentlich grössere Sitzungshäufigkeit des Vorstands. Bedenkt man, dass es bereits zur Vorbereitung der Parteiversammlung mindestens eine Vorstandssitzung braucht, so bleibt für den Vorstand wenig Raum für konkrete politische Projekte. Die geringe Differenz zwischen den beiden Zahlen lässt sich jedoch auch dadurch erklären, dass die Trennung in Exekutivaufgaben (Vorstand) und Legislativfunktion (Parteiversammlung) in den Lokalparteien nicht besonders scharf ist. Vielfach setzt sich der Vorstand aus den Aktiven der Partei zusammen, welche je nach dem in geschlossener (Vorstandssitzung) oder offener Form (Parteiversammlung) tagen. Schliesslich wird auch vielerorts die Zahl der Parteiversammlungen durch die Zahl der Gemeindeversammlungen massgeblich beeinflusst. In der Regel halten die Lokalparteien jeweils vor der Gemeindeversammlung eine Parteiversammlung ab, um die bevorstehenden Geschäfte zu diskutieren und die Positionen der Lokalpartei festzulegen.

Die Häufigkeit, mit der in den Lokalparteien Versammlungen abgehalten werden, hängt zusammen mit der *Grösse der Gemeinden*. So führen Lokalparteien in Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohner doppelt so häufig Parteiversammlungen durch wie Lokalparteien in Gemeinden unter 2'000 Einwohnern, und auch die Zahl der Vorstandssitzungen liegt deutlich höher. Zum einen dürfte dies mit der grösseren Zahl an politischen Geschäften und einem höheren Politisierungsgrad in den grösseren Gemeinden zusammenhängen, zum anderen könnte dafür aber auch das dichtere informelle Beziehungsnetz in den kleineren Gemeinden verantwortlich sein; wo parteipolitische Entscheidungen am Stammtisch oder über den Gartenzaun gefällt werden können, sind keine eigens dafür einberufenen Versammlungen vonnöten.

Die Lokalsektionen der SPS und der GPS versammeln sich deutlich häufiger als die bürgerlichen Lokalparteien, wobei die Unterschiede bei den Parteiversammlungen grösser sind als bei den Vorstandssitzungen. Ursächlich dafür dürfte neben dem strengeren Organisationsprinzip der Parteien auf der linken Seite des *politischen Spektrums* auch ihr stärkeres Bekenntnis zur parteiinternen Basisdemokratie sein. Auffallend ist zudem, dass sich die grünen Lokalparteien insgesamt noch etwas häufiger treffen als die Lokalsektionen der SPS. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es nur in grösseren Gemeinden, in denen die Lokalparteien ganz allgemein aktiver sind, grüne Lokalsektionen gibt. Generell zeigt die Aufschlüsselung nach der Gemeindegrösse, dass die Rangfolgen nicht konstant bleiben.

Tabelle 5
Parteiinterne Aktivitäten (Anzahl Parteiversammlungen und Anzahl Vorstandssitzungen pro Jahr) nach Gemeindegrösse und Parteien (durchschnittliche Häufigkeiten)

	Anzahl Parteiversammlungen pro Jahr	Anzahl Vorstandssitzungen pro Jahr
a) alle Lokalparteien	*4.1*	*6.6*
b) nach Gemeindegrösse		
bis 2'000 Einw.	2.8	5.6
2'000–10'000 Einw.	4.5	6.8
10'000 Einw. und mehr	6.3	9.1
c) nach Partei		
FDP	3.3	6.9
CVP	2.9	5.9
SVP	3.5	6.0
SPS	5.5	7.0
GPS	6.6	7.2
d) nach Gemeindegrösse und Partei		
bis 2'000 Einw.		
FDP	2.6	6.0
CVP	2.1	5.3
SVP	2.6	5.1
SPS	4.1	5.7
GPS	*	*
2'000–10'000 Einw.		
FDP	3.7	7.4
CVP	3.8	6.3
SVP	4.3	6.6
SPS	6.0	7.1
GPS	6.7	6.0
10'000 Einw. +		
FDP	5.9	8.4
CVP	4.2	8.2
SVP	4.8	8.4
SPS	7.3	10.4
GPS	6.7	8.4

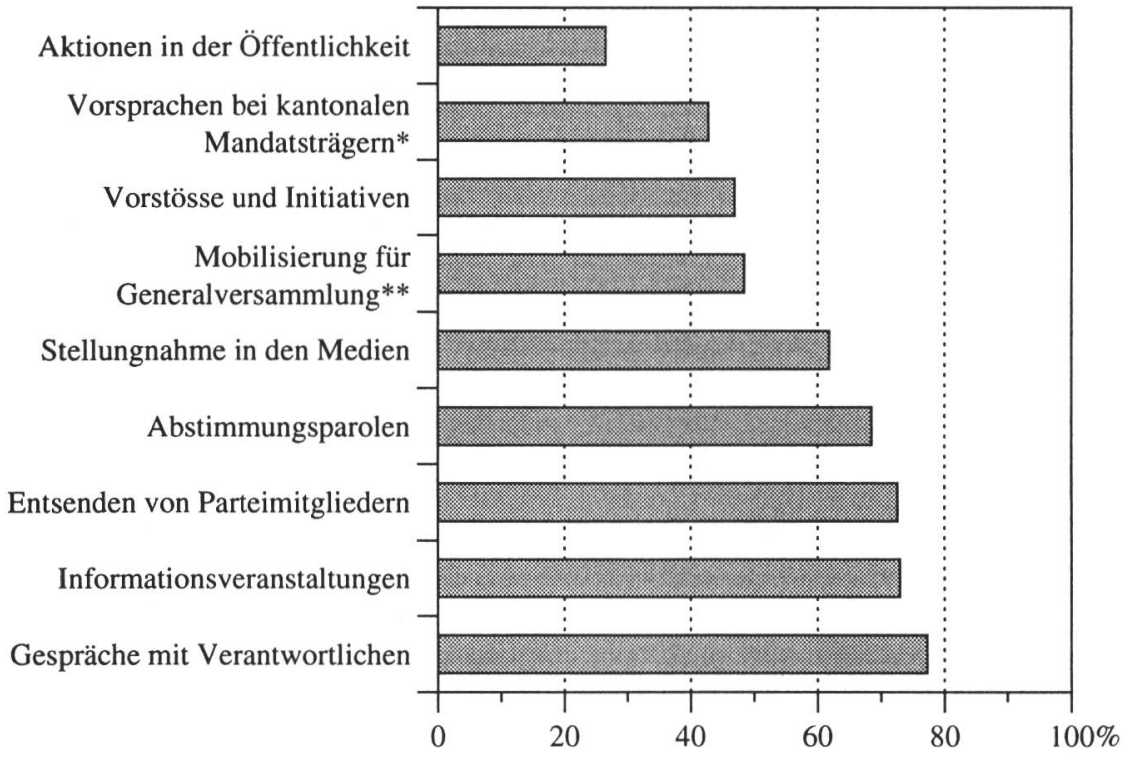
* Nur eine Partei in Stichprobe
Quelle: Lokalparteipräsidentenbefragung 1990. Angaben auf der Basis von rund 2'500 Lokalparteien

Auch wenn von der Zahl der Versammlungen allein noch nicht auf die Qualität der Parteiarbeit geschlossen werden kann, macht es auf den ersten Blick doch den Anschein, dass der interne Aktivitätsgrad der Lokalparteien eher gering ist. Bedenkt man nämlich, dass bedingt durch die direkte Demokratie die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz nahezu konstant aufgefordert sind, sich zu politischen Fragen zu äussern und manchmal viermal im Jahr allein schon zu eidgenössischen Vorlagen Stellung nehmen müssen, so sind eine Parteiversammlung alle vier Monate in den kleinen Gemeinden und eine Parteiversammlung alle zwei Monate in den grossen Gemeinden und Städten erstaunlich wenig. Berücksichtigt man jedoch, dass all diese Parteiarbeit im Milizsystem geleistet wird und dass in vielen Ländern die Lokalparteien in Gemeinden vergleichbarer Grösse mit deutlich weniger politischen Geschäften konfrontiert sind, so dürfte der parteiinterne Aktivitätsgrad der Schweizer Lokalparteien im internationalen Vergleich doch verhältnismässig hoch sein.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele und Anliegen steht den Lokalparteien eine breite Palette von *Aktivitäten* zur Verfügung, welche von direkter Einflussnahme durch Lobbying über die dafür vorgesehenen demokratischen Kanäle (Wahlen, Initiativen) bis hin zu Medienkampagnen reicht. Die am häufigsten gewählte Aktivität der Lokalparteien ist das Gespräch mit Verantwortlichen in den Gemeinden: Gegen 80 Prozent der Lokalparteien geben an, zur Durchsetzung ihrer Anliegen und Ziele das persönliche Gespräch mit den Verantwortlichen in der Gemeinde zu suchen (*Figur 1*). Auf den nächsten Plätzen folgen Informationsveranstaltungen und das Entsenden von Parteimitgliedern in politische Ämter. Das Schlusslicht hinsichtlich ihrer Popularität bilden Aktionen in der Öffentlichkeit.

Auch die Wahl der Aktivitätsformen ist abhängig von der Grösse der Gemeinde und der politischen Herkunft der Lokalparteien. Mit einer Ausnahme machen die Lokalparteien in den *grösseren Gemeinden* von sämtlichen Aktivitätsformen häufiger Gebrauch (*Tabelle 6*). Dies steht zweifellos in Zusammenhang mit der andersartigen Beschaffenheit des politischen Raums in den grösseren Kommunen. Stellungnahmen in den Medien und Aktionen in der Öffentlichkeit gehören in den anonymeren und parteipolitisch stärker politisierten grösseren Gemeinden zum Alltag, während dieselben Aktionsformen in Kleinstgemeinden kaum Sinn machen. Ähnlich verhält es sich mit der Frage nach der Häufigkeit, mit der eigene Vorstösse und Initiativen lanciert werden, wobei hier die geringere Verbreitung dieser Aktivitätsform in den kleinen Gemeinden auch mit generell geringeren Parteiaktivitäten erklärt werden kann. Die einzige Ausnahme bilden Gespräche mit Verantwortlichen in der Gemeinde, die mit Abstand häufigste Form der Parteiaktivität in kleinen Gemeinden. Mit zunehmender Gemeindegrösse steigt sie zuerst leicht an, sinkt dann aber wieder hinter

Figur 1
Gebräuchliche Aktivitäten lokaler Parteien zur Durchsetzung ihrer Anliegen und Ziele nach Aussagen der Parteipräsidenten (Anteil Lokalparteien in %)



* nur überlokal organisierte Parteien
** nur Parteien aus Gemeinden mit Gemeindeversammlung
Quelle: Lokalparteipräsidentenbefragung 1990

Stellungnahmen in den Medien zurück. In den grossen Gemeinden wählen die Parteien eher den Weg über die Öffentlichkeit, während direkte Gespräche besser zu den viel stärker auf informellen Beziehungen beruhenden politischen Kontexten in den kleineren Gemeinden passen.

Unterscheidet man nach der *politischen Herkunft* der Lokalparteien, so zeigt sich, dass die Gruppierungen auf der linken Seite des politischen Spektrums (SPS, GPS) häufiger als ihre bürgerlichen Kontrahenten den Weg über die Öffentlichkeit und über das Lancieren von Vorstössen und Initiativen suchen und dass diese Regelmässigkeit praktisch für sämtliche Gemeindegrössenkategorien gilt. Dies erstaunt nicht, da sich linke und grüne Gruppierungen in

Tabelle 6

Aktivitäten zur Durchsetzung der Anliegen und Ziel, die von den Parteien ergriffen werden, nach Gemeindegrösse und Parteien (Anteil Lokalparteien in Prozent)

	Gespräche mit Verantwortlichen in der Gemeinde	Stellungnahmen in den Medien	Vorstösse und Initiativen	Aktionen in der Öffentlichkeit
a) alle Lokalparteien	*77*	*62*	*47*	*27*
b) nach Gemeindegrösse				
bis 2'000 Einw.	75	35	29	14
2'000–10'000 Einw.	80	78	55	29
10'000 Einw. +	77	91	74	58
c) nach Partei				
FDP	82	60	44	20
CVP	78	54	38	14
SVP	83	57	43	13
SPS	70	67	54	46
GPS	79	95	87	70
d) nach Gemeindegrösse und Partei				
bis 2'000 Einw.				
FDP	76	39	29	11
CVP	74	29	22	16
SVP	82	34	24	6
SPS	66	41	35	27
GPS	*	*	*	*
2'000–10'000 Einw.				
FDP	88	78	57	24
CVP	85	79	50	12
SVP	83	73	55	15
SPS	70	79	60	49
GPS	86	95	86	75
10'000 Einw. +				
FDP	84	89	62	46
CVP	75	90	74	32
SVP	94	100	77	33
SPS	76	85	79	85
GPS	69	94	94	63

* Nur eine Partei in Stichprobe

Quelle: Lokalparteienbefragung 1990: Angaben auf der Basis von rund 2'500 Lokalparteien

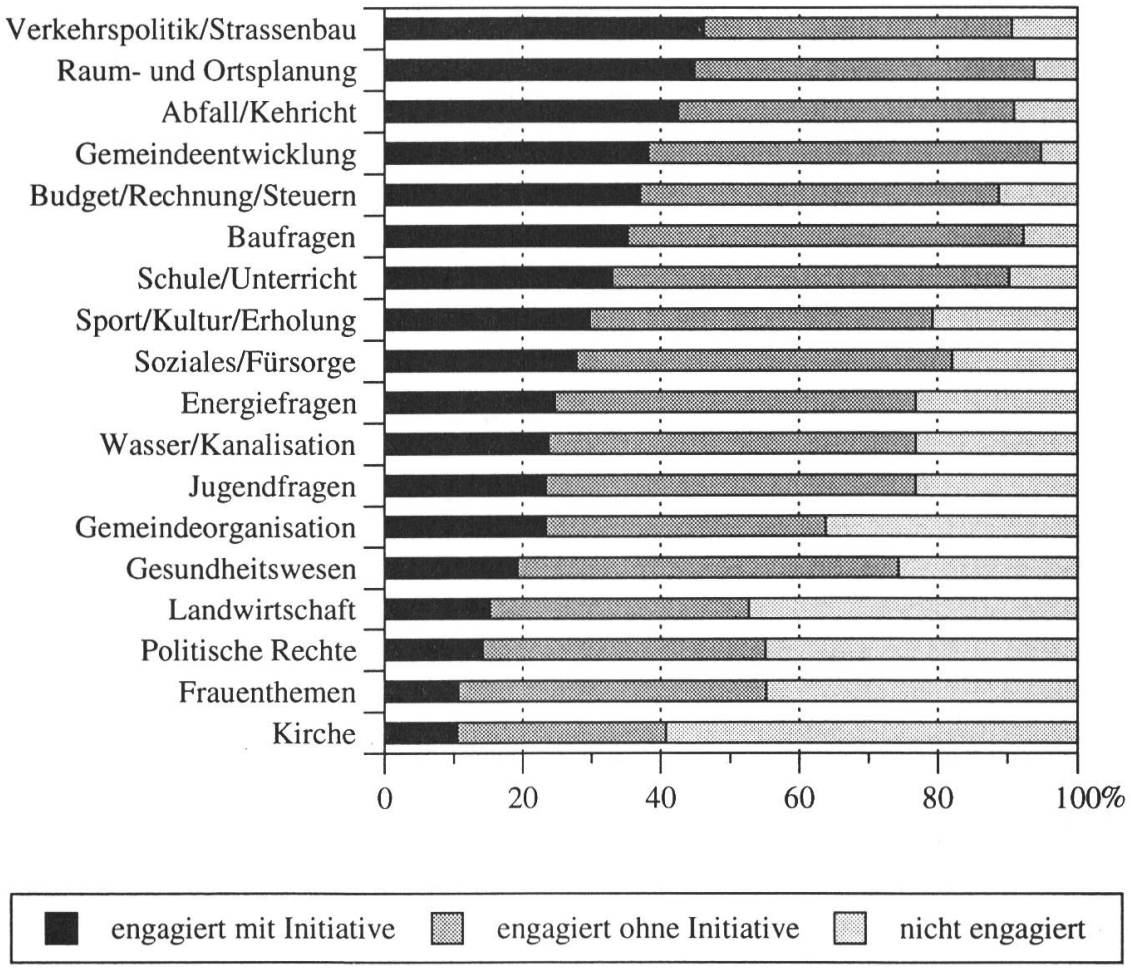
den Gemeinden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in einer Minderheitsposition befinden und weniger direkt Zugang zu den politischen Entscheidungszentren haben. Linke Gruppierungen scheuen aber auch generell weniger davor zurück, zu unkonventionellen Aktionsformen zu greifen (vgl. z. B. auch Linder und Nabholz, 1994, 25). Entsprechend sind die Unterschiede zu den bürgerlichen Parteien bei den Aktionen in der Öffentlichkeit mit Abstand am grössten. Auffallend ist auch das hohe Aktivitätsniveau der Grünen. Öfter als die anderen Parteien sind sie es, die sich am häufigsten einer der vier ausgewählten Aktivitätsformen bedienen. In den mittleren Gemeinden fällt zudem auf, dass die Grünen häufiger als die SPS und häufiger als CVP und SVP das Gespräch mit Verantwortlichen in der Gemeinde suchen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass viele Grüne ehemals in bürgerlichen Parteien politisierten und noch über genügend informelle Kontakte verfügen und dass sie versuchen, über die Parteigrenzen hinweg zu politisieren und sich damit grundsätzlich offener und kontaktfreudiger zeigen. Auffallend ist auch, dass die SVP in den grössten Gemeinden nicht nur die grösste Zahl an persönlichen Kontakten verzeichnet, sondern auch bei den Stellungnahmen in den Medien ganz vorne liegt. Dies steht durchaus in Einklang mit dem neuen Parteiverständnis der SVP, wie es zur Zeit von der Zürcher Kantonalpartei mit Erfolg praktiziert wird (vgl. Hartmann und Horvath, 1995). Traditionelles, konservatives Gedankengut und moderne Öffentlichkeitsarbeit schliessen sich nicht aus.

Hinsichtlich der bevorzugten *Themenbereiche* der Lokalparteien gilt es nochmals daran zu erinnern, dass den Gemeinden dank relativ weitreichender Autonomie auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips eine Vielzahl von Aufgaben zufällt, die es zu bewältigen gilt. Entsprechend breit gestaltet sich damit auch das thematische Betätigungsfeld der lokalen Parteien.

Die wichtigsten Themenbereiche, in denen die Schweizer Lokalparteien aktiv werden, sind „Verkehrsplanung/Strassenbau", „Raum- und Ortsplanung" und „Abfall und Kehricht". In diesen drei Bereichen haben über 40 Prozent der untersuchten Gruppierungen in den letzten 5 Jahren selbst die Initiative ergriffen (vgl. *Figur 2*). Die gemeindespezifischen Themen „Budget/Rechnung/Steuern", „Baufragen" und „Gemeindeentwicklung" folgen auf den nächsten drei Rangplätzen. Der Anteil der Parteien, die hier Initiative zeigten, liegt zwischen 35 und 40 Prozent. Mehr als die Hälfte der Gruppierungen waren in diesen Bereichen zudem engagiert, ohne selbst die Initiative ergriffen zu haben.

In den sozialen Themenbereichen „Soziales/Fürsorge", „Gesundheitswesen" und „Jugendfragen" waren die Parteien deutlich weniger initiativ. Allerdings sind auch hier mehr als die Hälfte der Parteien engagiert, ohne jedoch selbst die Initiative zu ergreifen. Dass sich circa 45 Prozent der Parteien bei Frauenthemen als engagiert bezeichnen, erstaunt ein wenig, steht es doch in

Figur 2
Engagement der Parteien in den einzelnen Themenbereichen nach Aussagen der Parteipräsidenten (in Prozent)



Quelle: Lokalparteipräsidentenbefragung 1990

einem krassen Gegensatz zur starken Untervertretung der Frauen in der Lokalpolitik (vgl. Meuli und Ladner, 1995).

Wiederum lassen sich Unterschiede bezüglich der *Grösse der Gemeinden* erkennen. In allen vier aufgeführten Themenbereichen steigt das Engagement der Lokalparteien mit zunehmender Gemeindegrösse (vgl. *Tabelle 7*). Es liesse sich an dieser Stelle auch zeigen, dass die Lokalparteien in den grösseren Gemeinden ganz allgemein in einer grösseren Zahl von Themenbereichen selbst die Initiative ergreifen. Dieser Sachverhalt bestätigt wiederum die bereits gemachte Feststellung, dass mit zunehmender Gemeindegrösse das Aktivitätsniveau der Lokalparteien ansteigt.

Tabelle 7

Engagement der Lokalparteien in ausgewählten Themenbereichen, nach Gemeindegrösse und Parteien (Anteil Lokalparteien in Prozent)

	Baufragen	Verkehrspolitik/ Strassenbau	Abfall/ Kehricht	Soziales/ Fürsorge
a) alle Lokalparteien	*35*	*46*	*42*	*28*
b) nach Gemeindegrösse				
bis 2'000 Einw.	35	36	39	24
2'000–10'000 Einw.	32	49	43	27
10'000 Einw. +	46	68	49	41
c) nach Partei				
FDP	43	44	38	19
CVP	34	40	39	34
SVP	34	37	34	10
SPS	26	55	51	43
GPS	43	87	82	12
d) nach Gemeindegrösse und Partei				
bis 2'000 Einw.				
FDP	41	38	38	17
CVP	36	35	39	31
SVP	30	22	32	10
SPS	23	39	46	39
GPS	*	*	*	*
2'000–10'000 Einw.				
FDP	42	45	37	19
CVP	29	44	38	32
SVP	36	47	33	10
SPS	24	59	53	43
GPS	35	81	81	18
10'000 Einw. +				
FDP	57	67	47	35
CVP	43	56	43	53
SVP	45	61	43	10
SPS	44	78	58	60
GPS	56	94	81	7

* Nur eine Partei in Stichprobe

Quelle: Lokalparteienbefragung 1990: Angaben auf der Basis von rund 2'300 Lokalparteien

Auch die *ideologische Herkunft* der Lokalparteien hängt zusammen mit ihrem politischen Engagement. Die bürgerlichen Parteien und vor allem auch die Grünen sind in Baufragen häufiger initiativ als die SPS. Die Lokalsektionen der Grünen ergreifen zudem in den Umweltbereichen „Verkehrspolitik/ Strassenbau" und „Abfall/Kehricht" ausgesprochen häufig die Initiative. Auch die SPS ist in diesen beiden Bereichen deutlich initiativer als die bürgerlichen Parteien. Von allen Parteien am häufigsten initiativ ist die SPS jedoch im Bereich „Soziales/Fürsorge", in dem sie sich auch von den Grünen abhebt.

Die Frage nach dem Engagement in den verschiedenen Themenbereichen widerspiegelt die politischen Präferenzen der einzelnen Parteien. Verstärkend für das häufigere Ergreifen der Initiative der Gruppierungen auf der linken Seite des politischen Spektrums wirkt sich zudem aus, dass sie im allgemeinen deutlich weiter von den Macht- und Entscheidungszentren entfernt sind und deshalb über konkrete Initiativen versuchen müssen, von aussen die politischen Entscheidungen zu beeinflussen, während die bürgerlichen Parteien ihre informellen Kontakte ausschöpfen können und bei ihnen allein schon dadurch konkrete Initiativen weniger zur Diskussion stehen.

Die Vorstellung, dass sich die Lokalparteien aus eigener Initiative und mit einem klaren politischen Programm und konkreten Zielen an der Lokalpolitik beteiligen und die Geschicke der Gemeinden in ihre Hände nehmen, trifft jedoch nur zum Teil zu. Der Blick auf die Aktivitäten und Themenbereiche weckt vielmehr die Vermutung, dass viele lokalpolitische Gruppierungen ein geringes bis mittelmässiges Aktivitätsniveau aufweisen und sich vielmehr reaktiv als aktiv in der Lokalpolitik betätigen, was aufgrund ihrer beschränkten Ressourcen in den vielfach sehr kleinen Gemeinden auch nicht weiter erstaunt. Das politische System der Schweiz bringt es, wie erwähnt, mit sich, dass neben den periodischen Wahlen eine Vielzahl von sachpolitischen Geschäften zur Diskussion steht und die Lokalparteien nicht nur alle vier Jahre auf die kommunalen Wahlen hin aktiv werden, sondern konstant ein minimales Aktivitätsniveau erhalten müssen. In Krisenzeiten oder Zeiten konfliktiver politischer Auseinandersetzungen (wie beispielsweise anlässlich der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR), bilden die Lokalparteien damit jedoch ein bemerkenswertes politisches Potential, welches in kürzester Zeit beachtliche Aktivitäten entfalten kann.

5. Das Verhältnis der Lokalpartei zur Kantonalpartei

Ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor kommunaler Parteien ist ihre *Einbindung in eine übergeordnete Parteiorganisation.* Gegen 90 Prozent der Schweizer Lokalparteien sind Sektionen politischer Parteien, die auch auf kantonaler oder nationaler Ebene in Erscheinung treten (vgl. Geser et al., 1994, 341). Das Verhältnis zwischen den Lokalparteien und den Parteiorganisationen auf höherer politischer Ebene gestaltet sich je nach Partei unterschiedlich. Zu berücksichtigen sind etwa der hierarchische Aufbau der gesamten Parteiorganisation sowie die innerparteiliche Kompetenzaufteilung. Bestimmen die Ortsparteimitglieder über ihre Vertreter an der nationalen Delegiertenversammlung die Geschicke der Partei oder sind es die Parteiführer auf nationaler Ebene, die die politische Linie und die Aktivitäten für sämtliche Parteisektionen festlegen?

In einem mehrstufigen Parteiaufbau bilden die Lokalparteien in der Regel die *Basis der Partei.* In den meisten Fällen regeln sie die Parteimitgliedschaft, erheben die Mitgliederbeiträge und leiten einen gewissen Anteil davon an die Organisationen auf höherer politischer Ebene weiter. Die Lokalparteien rekrutieren das Parteikader und unterstützen die überlokale Partei in ihren Wahl- und Abstimmungskämpfen, entweder direkt und aktiv mit gezielten Aktivitäten und Kampagnen oder indirekt durch ihre Aktivisten, die oft wichtige „opinion leaders" in der Gemeinde sind und generell die Ideen und Ziele der Gesamtpartei zur Geltung bringen helfen. Gegenüber der Mutterpartei vermitteln die Lokalsektionen den Willen der Parteibasis und über ihre Delegierten sind sie bis zu einem gewissen Grad an der parteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt.

Im Vergleich zu den Leistungen, welche die Ortsparteien für die überlokale Partei erbringen, sind die Leistungen der überlokalen Parteiorganisation für die Ortspartei zwar nicht gerade gering, aber doch weniger deutlich materieller Art. Die übergeordnete Partei erarbeitet einen zusammenhängenden *Bezugsrahmen* und stellt durch ihre programmatische Arbeit gewisse Orientierungshilfen und eine „ideologische Heimat" zur Verfügung. Sie informiert die Lokalsektionen über kantonale und nationale Geschäfte und ermöglicht den Basismitgliedern politische Karrieren. Und schliesslich soll die übergeordnete Partei die Interessen der Ortsparteien auf den höheren politischen Ebenen vertreten.

Aus der Einbindung in eine überlokale Parteiorganisation können den Ortsparteien allerdings auch gewisse *Nachteile* erwachsen. Die Politik der übergeordneten Partei erweist sich dann als Hypothek, wenn die von ihr verfolgten Ziele quer zu den gemeindespezifischen Interessen der Ortssektion zu liegen

kommen. Analog den Kantonalparteien, die des öftern Abstimmungsparolen beschliessen, die von den Parolen ihrer gesamtschweizerischen Partei abweichen, sind auch die Lokalparteien zu keiner absoluten „Linientreue" verpflichtet. Sie sind verhältnismässig autonom und sind keineswegs nur als folgsame Filialen der nationalen Parteien zu betrachten. Potentiellen Konflikten wird jedoch bewusst aus dem Weg gegangen. Die Parteiorganisation auf lokaler Ebene befindet vorwiegend über Probleme, die auch auf ihrer Ebene entschieden werden können. Über Fragen, die auf den anderen politischen Ebenen zur Entscheidung anstehen, wird zwar diskutiert, in der Regel wird aber auf das Fassen einer eigenen, abweichenden Abstimmungsparole verzichtet.

Wieweit die Lokalparteien – wie dies Lehmbruch (1979) etwa für die BRD feststellte – auch in der Schweiz unter einer gewissen Janussichtigkeit leiden und hin- und hergerissen werden zwischen dem Blick auf die lokale Politik und dem Blick auf die „grosse Politik", bleibt eine offene Frage. Die lokale Orientierung verlangt Anpassung an „unpolitische", lokale Traditionen, Rücksichtnahme auf Interessengruppen, Honoratioren und Verzicht auf Parteilichkeit, die überlokale Optik hat zum Ziel, den Bürgern überlokal festgelegte Standpunkte und parteispezifische Kriterien für die Wahlentscheidung zu vermitteln. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass bei den Schweizer Lokalparteien die lokale Orientierung dominiert.

Wie das für einen föderalistischen Staat mit weitgehend autonomen Gemeinden zu erwarten ist, operieren in der Schweiz die einzelnen Parteiebenen relativ unabhängig voneinander. Die Parteien auf höherer Ebene äussern denn auch immer wieder den Wunsch, ihre Lokalparteien stärker in die Gesamtpartei einbinden zu wollen, während die Lokalparteien teilweise sehr zurückhaltend sind, Anzahl und Adressen ihrer Mitglieder an die höhere Parteiebene weiterzumelden.

Für das Erscheinungsbild einer Partei und für ihre konkrete politische Arbeit ist es nicht unwesentlich, dass es ihr gelingt, ihre Lokalsektionen auf die gleichen politischen Ziele zu verpflichten. Die Antworten der Parteipräsidenten und der wenigen Parteipräsidentinnen auf die Frage, ob sich ihre Ortspartei durch die politische Linie und durch das Programm der Kantonalpartei beeinflussen lässt, fallen – zumindest für die Kantonalparteien – eher ernüchternd aus. Rund zwei Drittel der Auskunftspersonen sämtlicher Gruppierungen bezeichnen die Bedeutung der politischen Linie der kantonalen Partei und des kantonalen Parteiprogramms als mässig. Ihre Lokalsektionen stützen sich nur darauf, wenn es wirklich notwendig ist.

Allerdings gibt es zwischen den Parteien gewisse Unterschiede. Am wichtigsten ist die politische Linie der Kantonalpartei für die Sektionen der SPS,

am wenigsten wichtig ist sie für die Sektionen der GPS. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien liegen zwischen diesen beiden Extremen, wobei die CVP der politischen Linie der Kantonalpartei mehr Bedeutung beimisst als SVP und FDP.[12]

Eine erstaunlich grosse Einigkeit, auch über die Parteigrenzen hinweg, besteht in den Augen der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten darüber, was die wichtigsten Aufgaben der Kantonalpartei für die Lokalpartei respektive der Lokalpartei für die Kantonalpartei sind (vgl. *Tabelle 8*). Von einigen nicht ganz unwichtigen Ausnahmen abgesehen sind die Hierarchien zwischen den verschiedenen Aufgaben und Funktionen für die vier im Bundesrat vertretenen Parteien im grossen und ganzen identisch.

Als wichtigste Aufgaben der Kantonalpartei für eine Ortspartei wird bei allen fünf Parteien das Informieren über kantonale und nationale Geschäfte genannt. Als zweitwichtigste Aufgabe folgt bei FDP und CVP eine generelle Unterstützung, während SVP und SPS das Erarbeiten eines ideellen Bezugsrahmens als etwas wichtiger einstufen. Bei der GPS nimmt vor allem das Ermöglichen von Kontakten zwischen den Ortsparteien eine wichtige Rolle ein, was aufgrund des deutlich weniger dichten Netzes an GPS-Ortssektionen und den damit zusammenhängenden fehlenden direkten Kontaktmöglichkeiten nicht weiter erstaunt.

Wichtigste Aufgaben der Ortsparteien für die Kantonalpartei sind die Unterstützung bei Wahlen und Abstimmungen, gefolgt von der Übermittlung des „Willens der Basis" und dem Rekrutieren neuer Parteimitglieder, wobei vor allem die letzte Aufgabe von SVP und SPS als deutlich wichtiger eingestuft wird. In diesen beiden Parteien ist die Mitgliedschaft auch häufiger formalisiert als in der FDP und der CVP (vgl. Geser et al., 1994, 141).

Auch wenn die Unterschiede verhältnismässig gering sind, so widerspiegeln sie dennoch das Gesamtbild, welches sich von den vier Parteien zeichnen lässt. In FDP und CVP, die insgesamt häufiger als Kader- oder Honoratiorenparteien organisiert sind, ist die Beziehung zwischen den Lokalparteien und der Kantonalpartei lockerer als in der SPS und, mit Einschränkungen, auch als in der SVP. In der SVP und vor allem in der SPS sind die beiden Ebenen stärker in ein aufgabenteiliges Abhängigkeitsverhältnis eingebunden. Die höhere Ebene erarbeitet, wenn möglich unter Einbezug der Basis, einen gemeinsamen Bezugsrahmen, informiert die Lokalparteien über die wichtigsten Geschäfte und ist um die Aus- und Weiterbildung der lokalen Kader besorgt, während die Lokalparteien die Kantonalpartei bei Wahlen und Abstimmungen unterstützen

12 Anteil der Lokalsektionen, die durch das Parteiprogramm stark beeinflusst werden: GPS 17 Prozent, FDP 26 Prozent, SVP 29 Prozent, CVP 36 Prozent und SP 47 Prozent.

Tabelle 8

Wichtige Aufgaben der Kantonalpartei für die Lokalparteien und der Lokalparteien für die Kantonalpartei (aus Sicht der Parteipräsidenten der Lokalsektionen, Prozentanteil Lokalsektionen)

wichtige Aufgaben ...	FDP	CVP	SVP	SPS	GPS
a) der Kantonalpartei für die Lokalpartei					
über kantonale und nationale Geschäfte informieren	81	78	89	88	84
Ortsparteien unterstützen	68	74	63	70	46
zusammenhängende Politik als Bezugsrahmen erarbeiten	64	70	68	78	62
Aus- und Weiterbildung der Kader der Ortsparteien	60	69	61	74	33
Interessen der Ortsparteien auf höherer Ebene vertreten	62	60	67	63	62
Kontakte zwischen den Ortsparteien ermöglichen	48	54	45	53	68
Harmonisierung verschiedener politischer Tendenzen und Meinungen	36	41	37	31	26
politische Karrieren ermöglichen	27	25	30	16	0
b) der Lokalpartei für die Kantonalpartei					
Unterstützung der Kantonalpartei bei Wahlen und Abstimmungen	85	88	90	91	92
Willen der Parteibasis vermitteln	77	80	77	80	62
neue Mitglieder rekrutieren	73	71	85	80	54
Kandidaten für kantonale und nationale Wahlen vorschlagen	69	64	70	62	58
die Ideen und Ziele der Kantonalpartei in der Gemeinde zur Geltung bringen	42	49	45	56	56
Direktiven und Entscheidungen der Kantonalpartei der Mitgliederbasis vermitteln helfen	39	46	43	49	22

und vor allem auch neue Mitglieder rekrutieren. In den etwas weniger klar strukturierten FDP und CVP ist eine diesbezügliche Aufgabenteilung weniger akzentuiert.

Die GPS unterscheidet sich zumindest in zwei Punkten deutlich von den anderen Parteien. Die Lokalsektionen sind deutlich weniger häufig der Meinung, dass die Kantonalpartei sie unterstützen sollte und auch das Rekrutieren

von neuen Mitgliedern wird deutlich weniger häufig als Funktion der Lokalpartei für die Kantonalpartei angesehen. Dies deutet darauf hin, dass sich die GPS stärker als die anderen Parteien als Organisation von autonomen Ortsparteien versteht.

6. Die Lokalparteien und die Zukunft der grossen politischen Parteien

Das dichte Netz an Lokalparteien, respektive die gute Verankerung der grossen politischen Parteien (FDP, CVP, SVP und SPS) in den Gemeinden, ist ein vielfach nicht angemessen berücksichtigter Grund für die sprichwörtliche politische Stabilität im Parteiensystem der Schweiz.

Vor allem beim Aufbau und der Aufrechterhaltung von Parteibindungen kommt den Lokalparteien eine zentrale Bedeutung zu. Engagierte und kompetente Mandatsträger sind ein gutes Aushängeschild und leisten einen nicht unwichtigen Beitrag zum Bekanntheitsgrad und zur Popularität einer Partei. Über die Parteimitglieder und Sympathisanten können Wählerstimmen längerfristig gebunden werden. Und schliesslich sind es auch heute noch die Lokalparteien, welche für Mandate auf den höheren politischen Ebenen ein zentrales Rekrutierungsfeld darstellen.

Auch wenn es neuen politischen Gruppierungen vereinzelt gelungen ist, mit für landesübliche Verhältnisse spektakulären Wahlerfolgen den grossen Parteien Konkurrenz zu machen, so konnten diese Gruppierungen nie auf eine vergleichbare gute organisatorische Verankerung in den Gemeinden bauen, so dass sie bei abflachender Konjunktur ihrer politischen Anliegen relativ schnell wieder an Bedeutung verloren.

In den letzten Jahren zeichnen sich in den Parteiensystemen jedoch Entwicklungen ab, welche die Beziehung zwischen den Lokalparteien und den Parteien auf höherer Ebene nachhaltig und vor allem in einem negativen Sinn beeinflussen. Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, dass die Parteien immer weniger mitgliederorientierten Volksparteien mit einer festen Basis und Anhängerschaft in der Bevölkerung gleichen, sondern sich zu professionalisierten, wählerorientierten Eliteorganisationen entwickeln, deren primäres Ziel die Wählerstimmenmaximierung ist (vgl. Katz und Mair, 1990, 25).

Die heutzutage hochgradig mediatisierte Politik verlangt, dass sich die Vertreter der politischen Parteien flexibel und professionell zu den anstehenden politischen Problemen äussern, oft ohne zuvor die Gelegenheit zu haben, parteiinterne Vernehmlassungen durchzuführen. Die modernen Massenmedien machen es zudem möglich, publikumswirksame Kandidatinnnen und Kandidaten

aufzubauen, ohne dass diese zuerst auf die parteiinterne Ochsentour geschickt werden müssen, so dass die unteren Parteiebenen für die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten an Bedeutung und die Parteiämter auf der untersten Hierarchiestufe an Attraktivität verlieren. In diese Richtung weist auch, dass die immer kostspieliger werdende Parteiarbeit immer weniger von Mitgliederbeiträgen finanziert werden kann. Ob nun staatliche Mittel oder „Sponsorbeiträge" in die Parteikassen fliessen, in beiden Fällen wird letztlich die Parteileitung im Verhältnis zu ihrer Mitgliederbasis gestärkt.

Diese Entwicklungen bergen die Gefahr, dass sich die Parteiführung immer weiter von den Lokalparteien entfernt. Verstärkend wirkt sich zudem aus, dass die Entfremdung der Parteispitzen von ihrer Basis mit einer unabhängig davon verlaufenden Erosion der Parteibindungen koinzidiert. Vor allem in den ländlichen Gemeinden hat das Aufbrechen tradierter Lebensmuster zur Folge, dass den Lokalparteien die Mitgliedschaft nicht mehr quasi über Elternhaus und Geburt erneuert wird, so dass sich nun auch hier die Basis der Parteien aufzuweichen beginnt. Waren die Lokalparteien bis anhin massgeblich für die Konstanz des politischen Systems verantwortlich, so dürften die sich abzeichnenden Wandlungstendenzen einen Verlust der politischen Stabilität nach sich ziehen bzw. die Labilität der politischen Entscheidungen erhöhen.[13]

LITERATURVERZEICHNIS

Ayberk, Ural, et al. (1991), *Les parties à coeur ouvert,* Lausanne: Loisirs et Pédagogie.

Duverger, Maurice (1951), *Les parties politiques*, Paris: Colin.

Engel, Andreas (1990), Basisbezug in der Kommunalpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25, 27–36.

Gabriel, Oscar W. (1991), Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz, in: Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt, Hrsg., *Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker und Humblot.

Fagagnini, Hans Peter (1978), Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bern: Haupt, 75–94.

Fagagnini, Hans Peter (1988), Die politischen Parteien im Struktur- und Wertewandel, in: *Schweizer Monatshefte*, 68, 123–135.

Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994), *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich: Seismo.

Grauhan, Rolf-Richard (1970), *Politische Verwaltung. Auswahl und Stellung der Oberbürgermeister als Verwaltungschefs deutscher Grossstädte*, Freiburg i. Br.: Rombach.

Gruner, Erich (1977), *Parteien in der Schweiz*, 2. Aufl., Bern: Francke.

13 Weiterreichende Gedanken und empirische Evidenz für Erosionstendenzen im lokalen Parteiensystem finden sich bei Ladner (1996).

Hartmann, Hans, und Franz Horvath (1995), *Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP*, Zürich: Realotopia.

Hirschmann, A. O. (1974), *Abwanderung und Widerspruch*, Tübingen: Rohr.

Hoffmann-Martinot, Vincent (1994), *Rôle et transformation des parties dans la politique urbaine*, Unpubliziertes Manuskript.

Holtmann, Everhard (1990), Kommunalpolitik im politischen System der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25/90, 3–14.

Holtmann, Everhard (1992), Politisierung der Kommunalpolitik und Wandlungen im lokalen Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22–23/92, 13–22.

Katz, Richard S., und Peter Mair (1990), Three Faces of Party Organization: Adaption and Change, Paper prepared for the XII World Congress of Sociology, Madrid, 9–13 July 1990.

Katz, Richard S., und Peter Mair (1993), The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organizations, *The American Review of Politics*, Vol. 14, No. 4, 593–617.

Katz, Richard S., und Peter Mair (1994), *How Parties Organize*, London: Sage.

Kirchheimer, Otto (1965), Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6 (1), 20–41.

Klöti, Ulrich, et al. (1993), *Agglomerationsprobleme und vertikale Zusammenarbeit*, Bericht 49 des NFP „Stadt und Verkehr".

Kriesi, Hanspeter (1986), Perspektiven neuer Politik. Parteien und neue soziale Bewegungen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bern: Haupt.

Ladner Andreas (1990), Perspektiven politischer Parteien und die Parteien auf kommunaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 1990.

Ladner, Andreas (1991), *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*, Zürich: Seismo.

Ladner, Andreas (1996), Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 2(1), 1–22.

Lehmbruch, Gerhard (1979), Der Januskopf der Ortsparteien, in: Köser, Helmut, Hrsg., *Der Bürger in der Gemeinde*, Bonn: Hoffmann und Campe.

Linder, Wolf, und Ruth Nabholz (1994), *Local Governance and New Democracy. The Swiss Project. Swiss national report*, Bern: Institut für Politikwissenschaft.

Longchamp, Claude (1994), *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*, Bern: Gesellschaft für Sozialforschung-Forschungsinstitut.

Meuli, Urs, und Andreas Ladner (1995), *Frauen in der Lokalpolitik. Die Vertretung der Frauen in den kommunalen Gremien*, Soziologisches Institut der Universität Zürich: Kleine Zürcher Gemeindestudie. http://www.unizh.ch/~gemeinde/texte/000.html.

Nassmacher, K.-H., und W. Rudzio (1978), Das lokale Parteiensystem auf dem Lande, in: H.-G. Wehling, Hrsg., *Dorfpolitik*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Neidhart, Leonhard (1986), Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bern: Haupt.

Rickenbacher, Iwan (1995), *Politische Kommunikation*, Bern: Haupt.

Schaller, Roland (1994), Die politische Orientierung der Lokalparteien, in: Hans Geser, et al., Hrsg., *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich: Seismo.

Scharpf, F. W. (1977), *Politikverflechtung*, Kronberg/Ts: Athenäum.

Schneider, Herbert (1991), *Kommunalpolitik auf dem Lande*, München: Minerva.

Suckow, Achim (1989), *Lokale Parteiorganisationen – angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft*, Beiträge des Instituts für vergleichende Politikforschung, Universität Oldenburg.

Voigt, Rüdiger (1992), Kommunalpolitik zwischen exekutiver Führerschaft und legislatorischer Programmsteuerung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22–23/92, 3–12.

Wehling, Hans-Georg, und H.-Jörg Siewert (1987), *Der Bürgermeister in Baden-Württemberg*, 2. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer.

Wehling, Hans-Georg (1991), „Parteipolitisierung" von lokaler Politik und Verwaltung? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik, in: Hubert Heinelt und Hellmut Wollmann, Hrsg., *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel: Birkhäuser.

Anschrift des Autors:
Dr. Andreas Ladner,
Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern,
Lerchenweg 36, 3009 Bern
email: ladner@fsp.unibe.ch

Andreas Volk (Hrsg.)

Siegfried Kracauer

Zum Werk des Romanciers, Feuilletonisten, Architekten, Filmwissenschaftlers und Soziologen

ISBN 3-908239-48-6, 348 Seiten, DM 68.80 / Fr. 55.– / ÖS 440.–

Die Beiträge zum Werk Siegfried Kracauers gelten den Themen:

• Stadtbilder eines gesellschaftswissenschaftlichen Architekten • soziologisches Potential der Filmschriften und ihre Rezeption in Osteuropa • Expeditionen in die Alltagswelt der Angestellten • Philosophie in Form des Feuilletons • Flanerie und Slapstick im Roman »Ginster«.

Die Transkription einer Radiosendung bietet einen Überblick über Kracauers vielfältiges Schaffen. Der Nachdruck einer klassenbewußten Darstellung seines Werks aus dem Jahr 1970 sowie eine über 300 Titel umfassende Bibliographie der Sekundärliteratur seit 1985 spannen den Bogen der Rezeptionsgeschichte von Kracauers »Wiederentdeckung« Anfang der 70er Jahre bis heute.

Von Kracauers eigener Hand stammen:

• Einige bisher unveröffentlichte Kurzfilmideen aus dem Nachlaß sowie drei Texte, die Kracauer ursprünglich in sein Buch »Straßen in Berlin und anderswo« aufnehmen wollte: Zwei »Grotesken« über einen Tanzanzug und die Sommerfrischen-Länder sowie die Beschreibung einer »vom Glanz gebannten Mahnfigur«. Sie sind jedoch weder in diesem Buch noch im Aufsatzband der Schriften erschienen. • Zwei weitere Artikel, die seit ihrem Erscheinen in der »Frankfurter Zeitung« nicht wieder veröffentlicht wurden, widmen sich der Zerstreuungskultur (1923 in Frankfurt und 1930 in Berlin).

Zu den Autorinnen und Autoren

• Architektur- und Kulturhistoriker: Anthony Vidler (University of California, Los Angeles) • Filmwissenschaftler: Dana Polan (University of Pittsburgh), Jörg Schweinitz (Universität Potsdam) • Germanistinnen: Nia Perivolaropoulou (Paris), Hannelore Schlaffer (Universität Stuttgart) • Journalisten: Friedrich T. Gubler (Frankfurter Zeitung), Jörg Lau (taz, Berlin), Uwe Pralle (div. Zeitungen, Berlin), Angelika Schett (Radio DRS, Basel), Helmut Stalder (Associated Press, Zürich) • Soziologen: Henri Band (Humboldt-Universität, Berlin), Hans G Helms (Köln), Daniel Thommen (Zürich), Andreas Volk (Universität Zürich)

Andreas Volk (Hrsg.)

Vom Bild zum Text

Die Photographiebetrachtung als Quelle sozialwissenschaftlicher Erkenntnis

ISBN 3-902239-09-5, DM 72.50 / Fr. 58.– / ÖS 464.–

Bruno Fritzsche, Das Bild als historische Quelle · *Paul Hugger,* Bündner Photographen als Landschaftsinterpreten · *Peter Herzog,* Der Einzelne und die Masse · *Timm Starl,* Erinnern um zu vergessen · *Hubertus von Amelunxen,* Melancholie und Allegorie · *Michael Rutschky,* Foto mit Unterschrift · *Alexander J. Seiler,* Fünf Minuten für ein Bild

Das Buch spricht jene Qualität der Photographie an, die den bewußten und abenteuerlustigen Blick auf scheinbar Altbekanntes und Vertrautes erweckt: Es wird eine »Exotik des Alltags« betrieben, die von der frühen Photographie bis zur aktuellen Pressephotographie reicht. Dabei wird das für die Sozialwissenschaften durchaus paradigmatische Instrumentarium der Photographiebetrachtung interdisziplinär erprobt.

Seismo

Die Bücher sind beim Buchhandel erhältlich oder direkt beim
Seismo Verlag, Postfach 313, CH-8028 Zürich